

## Das Wahlergebnis und die Steuern.

Vom Standpunkt der Steuerträger ist das Ergebnis der Wahlen ohne gegründete Begründung aufzunehmen. Wir haben den Kampf nicht gegen das Gesetz, sondern gegen die rückwärtliche Art des Veranlagungsverfahrens und gegen die Praxis der Steuerbehörde geführt. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß der Staat ein unbestreitbares Recht hat, von den Bürgern zu verlangen, daß sie die Steuern bezahlen, zu deren Entrichtung sie auf Grund des Gesetzes verpflichtet sind. Wenn nun die Sozialdemokratie bei den Wahlen gesiegt hat, so folgt daraus nicht, daß unser Kampf dadurch aussichtslos geworden ist. Welche Steuern dem Volk auferlegt werden sollen, wird die Nationalversammlung zu entscheiden haben. Daß aber jeder Bürger nicht mehr und nicht weniger Steuern zahlen muß, als das Gesetz vorschreibt, wird auch eine sozialdemokratische Regierung anerkennen. Wir sind daher überzeugt, daß die Steuergerichte, für deren Einführung unser Organ seit dem Beginn seines Erscheinens eingetreten ist, nicht mehr lange auf sich werden warten lassen. Wenn der Geschäftsmann von seinen Kunden im öffentlichen und mündlichen Verfahren seine Schulden einfordern kann und darf, so wird auch der Staat das Recht haben zu verlangen, daß über seine Ansprüche gegen die Bürger ein ähnliches Forum entscheidet. Es ist unserer Ueberzeugung nach auch im Interesse des Staates selbst, daß ihm die Möglichkeit geboten wird, alle in der Zivilprozessordnung vorgeschriebenen Beweismittel anzuwenden, um seinen Steueranspruch festzusetzen. Wozu die geheimen Verhandlungen der Schätzungscommission? Wozu ist das blinde Spiel mit den Denunzianten notwendig, wenn der Anspruch im gerichtlichen Verfahren festgestellt werden kann. Auch die Steuerrichter werden das Recht der freien richterlichen Beweiswürdigung für sich in Anspruch nehmen dürfen, ihre Urteile werden aber nicht mehr die Auslage eines Denunzianten oder eines Konkurrenten, sondern das im öffentlichen Verfahren gewonnene Material zur Grundlage haben. Der vollständige Sieg der Demokratie bedeutet daher auch den Sieg der Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuern.